

Regierung wegen Auto-Affäre in Kritik

Landräte protestieren gegen Versuch, ihre Untersuchungsbefugnisse einzuschränken

Von Christian Keller

Liestal. Wenn nächste Woche der neuste Untersuchungsbericht der Baselbieter Geschäftsprüfungskommission (GPK) im Landrat verhandelt wird, muss sich Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro (FDP) – einmal mehr – warm anziehen. Nicht nur die aufgedeckten Missstände im Fahrzeugwesen sorgen für Unmut (die BaZ berichtete). Es geht auch darum, wie die Regierung auf die von der GPK und der Finanzkontrolle zutage geförderten Ungereimtheiten reagiert hat. SVP-Präsident und GPK-Mitglied Oskar Kämpfer wählt scharfe Worte: «Ich halte das Vorgehen für einen Skandal.»

Der Zorn rührt nicht von ungefähr: Kämpfer und auch Landräte anderer Parteien haben den Verdacht, dass Pegoraro mit einer Gesetzesänderung die Befugnisse der GPK zurückbinden will, damit künftig Mauscheleien wie jene im Geschäftsbereich Fahrzeugwesen unter dem Deckel bleiben.

Die GPK hatte in Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle herausgefunden, dass der Weiterverkauf von 36 ausgemusterten Dienstfahrzeugen an Beamte oder Drittpersonen intransparent und nicht nachvollziehbar verlief. In 14 Fällen konnte der zuständige Abteilungsleiter nicht einmal einen Verkaufsbeleg vorweisen. Ob die jeweils in bar einkassierten Beträge korrekt an den Staat weitergegeben wurden, ist somit unklar – und der Grund, weshalb die GPK ihre Ergebnisse der Baselbieter Staatsanwaltschaft übergeben hat. Diese prüft derzeit, ob sie ein strafrechtliches Verfahren einleitet.

In seiner Stellungnahme zum GPK-Bericht betonte der Regierungsrat, es seien keine «rechtswidrigen Handlungen und keine finanziellen Nachteile für den Kanton» festgestellt worden. Weiter äusserte er die Überzeugung, es



Intransparente Deals. 14 Dienstfahrzeuge wurden unter der Hand verkauft. Das deckte die GPK auf. Nun will sie die Regierung zurückbinden. Foto Christian Horisberger

sei «notwendig», bezüglich den Rechten und Pflichten der GPK «präzisierende Regelungen» zu erlassen. Dies gelte «insbesondere für die Befragung von Mitarbeitenden, für die Information und den Einbezug der Direktionsvorstehenden bei laufenden Untersuchungen» oder für «die Einsichtnahme in Personaldossiers».

Finger weg von GPK

Hinter derlei «Präzisierungen» stecke die Absicht, die Kompetenzen der GPK einzuschränken, sagt Oskar Kämpfer. «Das parlamentarische Aufsichtsorgan wurde ganz bewusst installiert und ist ein zentrales Kontrollinstrument, wie sich jetzt ja wieder gezeigt hat. Daran hat die Regierung nicht herumzuschrauben, da machen wir nicht mit.»

FDP-Fraktionschef Rolf Richter schliesst sich dieser Haltung an: «Wir haben den GPK-Bericht noch nicht in der Fraktion besprochen. Was die Kompetenzen der GPK betrifft, lasse ich aber

nicht mit mir reden. Es gibt keinen Anlass für gesetzliche Anpassungen.»

CVP-Landrat Marc Scherrer unterstreicht gegenüber der BaZ den Handlungsspielraum, über den die GPK verfügen müsse. «Mit dem bisherigen System sind wir gut gefahren. Einschränkungen vorzunehmen, kann nicht im Interesse von Parlament und Bevölkerung sein.» Landrat Jürg Wiedemann von den Grünen-Unabhängigen hat den Eindruck, Pegoraro wolle künftig mit am Tisch sitzen, wenn ihre Mitarbeiter von der GPK befragt werden. «Das ist natürlich ein No-Go: Unter diesen Umständen ist die Auskunftsperson gehemmt, weil sie Sanktionen seitens des Arbeitgebers befürchtet.»

Im aktuellen Fall trennte sich die BUD ausgerechnet von jener Mitarbeiterin, die direktionsintern das Fahrzeugwesen unter die Lupe genommen hatte. 25 Jahre arbeitete sie für den Kanton. Laut GPK lagen gegen sie keine Abmahnungen vor. Noch 2016 habe sie ein positives Zwischenzeugnis

erhalten. Pegoraro bestreitet allerdings einen Zusammenhang zwischen der Trennung und der GPK-Untersuchung.

«Es ist absolut fatal, wenn Whistleblower oder Befragte der GPK befürchten müssen, abgestraft zu werden», sagt SP-Präsident Adil Koller. Er überlege sich einen Vorstoss, um eine Verbesserung zu erreichen. «Es gibt zwar einen gesetzlichen Schutz, aber offenbar reicht dieser noch nicht aus.»

«Untragbare» Situation

Für Kämpfer ist die Situation «untragbar»: Die Amtsperson, welche die Missstände benannt habe, sei weg – die Verantwortlichen der BUD-Garage hingegen nach wie vor am Ruder. Das sei «befremdlich». Ob personalrechtliche Massnahmen ergriffen wurden oder geprüft werden, will Pegoraros Direktion auf Anfrage nicht mitteilen. Der Datenschutz verbiete eine entsprechende Kommunikation, sagt BUD-Sprecher Dieter Leutwyler.

Derweil darf angezweifelt werden, dass das Regierungskollegium tatsächlich geschlossen hinter der Medienmitteilung steht, die sie letzte Woche zum GPK-Bericht verschickte. Der Text schien vor allem für den Zweck verfasst, Pegoraro aus der Schusslinie zu nehmen. Aus gut unterrichteten Kreisen hat die BaZ erfahren, dass es in der Sache an der letzten Regierungssitzung zu ersten Meinungsverschiedenheiten gekommen ist: Offenbar halten es nicht alle Mitglieder der Baselbieter Exekutive für besonders klug, dem Landrat nach Aufdeckung dubioser Autodeals zu empfehlen, seine Kontrollfunktion zurückzustützen.

Gar nicht gut angekommen sind die Inhalte des regierungsrätlichen Communiqués bei GPK-Präsident Hanspeter Weibel (SVP): «Es handelt sich um eine Respektlosigkeit der Regierung gegenüber der Oberaufsicht.»

Rückendeckung für MCH Group

Regierungsrat zeigt Verständnis

Von Kurt Tschan

Liestal. Traditionelle Publikums-messen verlieren Besucher und Aussteller. Besonders zu leiden hat die Uhren- und Schmuckmesse Baselworld. Die Ausstellungsfläche müsse deshalb massiv verkleinert und die Dauer der Messe verkürzt werden, schreibt SVP-Landrat Georges Thüring in einer Interpellation. Er wollte deshalb von der Exekutive wissen, wie sie die künftige Entwicklung des Messestandortes Basel sehe. In ihrer Antwort zeigt sich diese wortkamm, wenn es darum geht, in die Details zu gehen.

Die Unternehmensstrategie der MCH Group sei auf «ein stabiles und gesundes Wachstum ausgerichtet», heisst es. Diese Strategie werde seit über zehn Jahren kontinuierlich und konsequent verfolgt und ermögliche es, «strategische Initiativen einzuleiten, welche die Auswirkungen der aktuellen schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf das Unternehmen dämpfen». Der Regierungsrat stelle sich hinter diese gelebte Unternehmensstrategie. Die Entwicklung der Baselworld sei mehrmals im Verwaltungsrat diskutiert worden. Die eingeleiteten Massnahmen seien richtig, da sie auf die Bedürfnisse der führenden Uhrenproduzenten und Marken ausgerichtet seien. Negativer beurteilt der Regierungsrat die Perspektiven für die Herbstwarenmesse und die Muba, da diese Formate den Bedürfnissen der Aussteller «oft nur noch schwer gerecht» würden.

Nachrichten

Zwei Leichtverletzte bei Kollision in Liestal



Liestal. Eine 54-jährige Autofahrerin ist am Dienstag, 16.15 Uhr, auf der Schauenburgerstrasse in Liestal auf die Gegenfahrbahn geraten und dabei mit einem Lieferwagen zusammengestossen. Wie die Baselbieter Polizei mitteilt, wurden die beiden Fahrzeuglenker beim Unfall leicht verletzt. Sie mussten zur Kontrolle ins Spital gebracht werden. Beide Fahrzeuge erlitten beim Zusammenstoss Total-schaden. Die Lenkerin war von der Schönmatte her in Richtung Kreisverkehrsplatz Schauenburg unterwegs gewesen. Der 43-jährige Lieferwagenfahrer war von der kantonalen Autobahn A22 gekommen.

Weniger Regierungsräte in Verwaltungsräten

Liestal. Der Baselbieter Regierungsrat nimmt nach eigenen Angaben vermehrt Abstand von der Entsendung eigener Mitglieder in die strategischen Führungsorgane der kantonalen Mandatsträger. Entsprechende Mandatsträger seien jedoch notwendig, heisst es in der Beantwortung einer Interpellation von Landrat Markus Dudler. Mandatsträger seien aber auf jeden Fall der Eigentümerstrategie des Kantons verpflichtet. kt

Mitspracherecht bei neuer Skater-Anlage

Arlenheim. Die Skateranlage neben dem Schwimmbad Arlesheim ist nicht mehr sicher und muss deshalb abgebaut werden. Dies schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung. Die Kinder und Jugendlichen würden nun die Gelegenheit erhalten, sich an der Gestaltung einer neuen Anlage oder an einem Alternativprojekt zu beteiligen. Mittels eines Fragebogens, der in den Schulen verteilt wurde, werden ihre Meinungen eingeholt. Der Abbau der bestehenden Anlage soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Rüffel für illegale Signalisation

Läufelfingen entschärfte gefährliche Strasseneinmündung mit Verkehrsspiegel ohne Erlaubnis des Kantons

Von Christian Horisberger

Läufelfingen. Ruth Singer versteht die Welt nicht mehr. Seit Jahrzehnten kann sich die Läufelfingerin auf einen Verkehrsspiegel verlassen, wenn sie mit ihrem Auto aus dem Mattenweg, an dem sie wohnt, auf die Eptingerstrasse einbiegt. Es ist eine unübersichtliche Stelle, die Kantonsstrasse macht kurz vor der Einmündung des Mattenwegs eine Rechtsbiegung. Ohne den Spiegel müsste Singer mit dem Auto auf die Eptingerstrasse hinausfahren, um zu sehen, ob sie freie Fahrt hat. Dabei könnte es bereits krachen.

Dieser Spiegel soll zusammen mit zwei weiteren Verkehrsspiegeln bei Einmündungen in die Eptingerstrasse entfernt werden, wenn es nach der Baselbieter Polizei geht. Im Gemeindeblatt wird die Verkehrspolizei wie folgt zitiert: «Die Verkehrssicherheit wäre auch ohne Spiegel gewährleistet oder könnte mit anderen Massnahmen erreicht werden.» Die knappe Läufelfingerin Stellungnahme dazu: «Der Gemeinderat teilt diese Meinung nicht.»

Spiegel sind nur Notbehelf

Wie Gemeindepräsident Dieter Forter auf Anfrage der BaZ ausführt, seien gemäss Polizei die Kein-Vortritt-Regelung und die Spiegel nicht kompatibel. «Wir finden das ein bisschen lächerlich», kommentiert er. «Die Spiegel machen Sinn», denn auf der Eptingerstrasse werde zügig bergauf gefahren, die Strasse sei schmal. Es brauche nicht viel, dass ein Lenker von der Strasse geraten könne. Ruth Singer ist nicht ganz so diplomatisch: «Das ist doch bireweich», schimpft sie. Sie frage sich, was in den Köpfen von Verkehrssicherheitsexperten vorgehen muss, die «herumfahren, um sinnvolle Sicherheitsvorkehrungen zu entfernen», statt dafür zu sorgen, dass welche getroffen werden.

Singer könnte mit ihrer Theorie zur Aufdeckung der «Missstände» in Läufelfingen richtig liegen: «Im Rahmen eigen-

ner Feststellungen» sei die Polizei auf die Situation in Läufelfingen gestossen, sagt deren Sprecher Adrian Gaugler auf Anfrage. Das Einschreiten der Polizei begründet er wie folgt: Spiegel seien nur als Notbehelf zu sehen und bei Knoten nur zusammen mit einer Stopp-Signalisation anzuwenden. Entsprechend sei ein Verkehrsspiegel als Bestandteil der notwendigen Signalisation zu sehen und könne nicht nach Gutdünken aufgestellt werden.

Grundsätzlich seien einfache Massnahmen wie das Schneiden von Hecken Spiegeln zur Verbesserung der Sicher-

heitsverhältnisse vorzuziehen. Polizeisprecher Adrian Gaugler verweist beim Vorgehen der Polizei auf deren Aufsichtspflicht, fussend auf dem Baselbieter Strassenverkehrsgesetz und der dazugehörigen Verordnung. Zu möglichen alternativen Sicherheitsvorkehrungen macht die Polizei keine Angaben. Diese seien Gegenstand laufender Abklärungen – zusammen mit der Gemeinde.

Der Gemeindepräsident macht keinen Hehl daraus, dass Läufelfingen die Spiegel seinerzeit womöglich ohne den Segen aus Liestal montiert habe, um



Nicht kompatibel. Das Strassenverkehrsgesetz sieht Spiegel in Kombination mit Kein-Vortritt-Signalen nicht vor. Foto Christian Horisberger